

Merkel wirbt für Europa als „dynamische Wirtschaftsregion“

„Stehen am Scheideweg“ / Kritik vom CDU-Wirtschaftsrat

jagr. BERLIN, 12. Juni. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat zu Beginn der Verhandlungen mit Oppositionspolitikern über deren Zustimmung zum Fiskalpakt dazu aufgerufen, unbedingt an der Sparpolitik in Europa festzuhalten. Deutschland bräuchte ein „Mehr an Europa“, und zwar an einem Europa, „das uns wettbewerbsfähig macht“, sagte Merkel in Berlin auf einer Veranstaltung des Wirtschaftsflügels ihrer Partei. Dabei warb sie für Vertrauen in Europa, das wieder „ein Versprechen an die Zukunft“ sein müsse. Es dürfe keine Abkehr von der Reformpolitik geben. Die gute Erfahrung mit den (von Rot-Grün beschlossenen) Hartz-Arbeitsmarktreformen in Deutschland hätten gezeigt, dass es Zeit brauche, bis solche Reformen wirkten. Es wäre „fatal, jetzt nicht weiterzumachen“, sagte die Kanzlerin. Denn es gebe weder in Europa noch in Deutschland einen „Rechtsanspruch“ auf Wachstum und Wohlstand, das müsse man sich hart erarbeiten. Europa sei diesbezüglich „am Scheideweg“, sagte Merkel vor dem CDU-Wirtschaftsrat.

„Es gibt keinen
Rechtsanspruch auf
Wachstum und Wohlstand“.

Angela Merkel, Bundeskanzlerin

Am Abend kamen Vertreter ihrer Regierung mit Oppositionspolitikern zusammen, um Gespräche über die Ausgestaltung eines europäischen Fiskalpaktes zu führen, der zu mehr Haushaltsdisziplin in Europa führen soll. Die Oppositionsparteien wollen ihn um wachstumspolitische Elemente erweitern. Bezüglich einer Finanztransaktionssteuer verlangen SPD und Grüne, dass die Koalition einen verbindlichen Zeitplan für deren Einführung aufstellt. In einem gemeinsamen Papier formulierten die Verhandlungsführer Hubertus Heil (SPD) und Kerstin Andreae (Grüne) am Dienstag weitere konkrete Forderungen – etwa eine „Jugendgarantie“, wonach alle Schulabgänger ein „Recht auf Aus- oder Weiterbildung“ erhalten sollten. Wie diese Stellen geschaffen werden sollen, ging aus dem Papier nicht hervor. Jedenfalls soll es Heil und Andreae zufolge auch durch Lohnkostenzuschüsse aus dem Rettungsfonds ESM und Strukturfonds der EU finanziert werden. Die wesentlichen Forderungen, die die Opposi-

tionsparteien für ihre Zustimmung für den Fiskalpakt stellen, betreffen staatliche und mit Gemeinschaftsmitteln finanzierte Maßnahmen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa, geförderte Investitionsprojekte im Bereich der erneuerbaren Energien und „ökologischen“ Technologien wie dem Schienenverkehr, sowie auch eine Aufstockung der geplanten Geldmittel für „Projektanleihen“. Die Gespräche ziehen sich über die gesamte Woche hin, eine Einigung wird nicht erwartet. An diesem Mittwoch will Kanzlerin Merkel mit den Partei- und Fraktionschefs verhandeln, am Donnerstag mit den Ministerpräsidenten. Bundestag und Bundesrat müssen dem Fiskalpakt zustimmen.

Angela Merkel sprach sich derweil abermals scharf gegen die Einführung von Eurobonds aus. Die würden „absolut in die Irre“ führen, sagte sie auf dem Wirtschaftstag der CDU. „Wir können uns nicht an Dingen beteiligen, die uns in ein noch schlimmeres Desaster führen“, sagte sie. Nur ein Fiskalpakt, der „endlich mehr Verbindlichkeit“ schaffe, könne ihrer Darstellung nach Europa wieder zu einer dynamischen Wirtschaftsregion machen. Unterstützung erhielt sie am Abend vom neuen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Anshu Jain. Der sagte auf der Veranstaltung des CDU-Wirtschaftsrates, es gebe „nur einen einzigen Weg nach vorn, nämlich den Abbau von Defiziten“, der Fiskalpakt sei ein wichtiger Schritt zu einer Harmonisierung der Fiskalpolitik. Europa sei das „größte Friedensprojekt, das die Welt je sah“. Der Ausgang sei offen.

Merkel lobte die Wirtschaftsreformen oder Bemühungen in den baltischen Ländern und Polen, Irland, Portugal und Spanien; Griechenland erfuhr solches Lob nicht. In Athen zeige sich, „ob in Europa überhaupt Verpflichtungen in Zukunft eingehalten werden“. Aber auch Merkel selbst erfuhr vom CDU-Wirtschaftsrat nicht nur Lob. Während dessen Präsident Kurt Lauk Merkels Europa-Politik unterstützte, sagte er, nur „16 Prozent“ der Mitglieder des Wirtschaftsrats hießen ihre Energiepolitik gut. Die Energiewende sei überstürzt. Lauk zufolge seien auch Verzögerungen beim Atomausstieg möglich. Es bestehe der Eindruck, dass die CDU ihren Kompass verloren habe, die Partei lasse an Wirtschaftskompetenz vermissen und müsse sich dringend in der parlamentarischen Sommerpause zusammensetzen, um eine „klare wirtschaftspolitische Agenda“ zu verfassen.